

Eine Frage der Glaubwürdigkeit



»Für eine zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik« – das ist die Überschrift, unter der das Wirtschaftsministerium über die deutsche Rüstungsexportkontrolle informiert. Vom federführend zuständigen Ministerium wird dabei betont, Deutschland verfolge eine »äußerst restriktive Genehmigungspolitik«. Genauso hartnäckig, wie die Bundesregierung seit Jahren von besonders strengen Regeln spricht, zeigen wir, dass die tatsächliche Exportpraxis ganz anders aussieht.

Ein Beispiel: Einerseits setzt sich die Bundesregierung nachdrücklich für die Durchsetzung des UN-Waffenembargos gegen das Bürgerkriegsland Libyen ein – zuletzt entsandte sie sogar die Fregatte »Hamburg«, die im Mittelmeer die Einhaltung des Embar-

gos überwachen soll. Gleichzeitig aber finden sich unter den Empfängern deutscher Rüstungsexporte gleich mehrere Länder, die genau dieses Embargo brechen. Die Türkei soll sogar Airbus-Militärmaschinen vom Typ A400M nutzen, um »kriegswichtige Fracht« nach Libyen zu bringen. Diese Flugzeuge werden von Personal des europäischen Rüstungskonzerns in der Türkei gewartet. Aktuellen Berichten zufolge wurden zudem in Lizenz gefertigte MP5-Maschinenpistolen aus der Türkei nach Belarus geliefert – auch das ein klarer Verstoß gegen deutsche Auflagen. Hinzu kommt der völkerrechtswidrige Einmarsch der Türkei in Nordsyrien. Doch all diese Fakten reichen der Bundesregierung offenbar noch immer nicht aus, um sich zu einem umfassenden Rüstungsexportstopp an die Türkei durchzuringen.

Die Fregatte »Hamburg« soll das Waffenembargo gegen Libyen überwachen
Foto: dpa

Glaubwürdigkeit verspielt

Eine Ausnahme? Keinesfalls. Die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen erreichten im vergangenen Jahr mit 8,015 Milliarden Euro einen traurigen Rekord. Und unter den Empfängerländern waren 2019 und im ersten Halbjahr 2020 erneut Staaten wie die Türkei, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. Diese fallen nicht nur dadurch auf, dass sie im Libyen-Krieg verschiedene Seiten unterstützen. Auch die Beteiligung an weiteren Konflikten oder die Menschenrechtsverletzungen in den Ländern selbst wären eigentlich Grund genug, keine deutschen Waffen dorthin zu liefern. So lautet ein zentrales Prinzip der *Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport*, dass der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Zudem betont die Regierung, darauf zu achten, dass Exporte nicht zur Verschärfung von Krisen beitragen. Eine Politik, die sich mit ihren eigenen Grundsätzen und Maßstäben so schwertut, verspielt ihre Glaubwürdigkeit.

Kompliziert und lückenhaft

Doch die aktuelle rechtliche Grundlage für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ist kompliziert, lückenhaft und bietet viel Interpretationsspielraum. So ist es möglich, dass die Bundesregierung einerseits von einer verantwortungsvollen Rüstungsexportpolitik sprechen kann und gleichzeitig weiter an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten liefert. Es ist höchste Zeit für verbindliche und gerichtlich nachprüfbar Regeln, die deutsche Rüstungsexporte so stark wie möglich einschränken. Deshalb fordern wir im Rahmen der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz.

Charlotte Kehne

Mehr Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Rüstungsexportkontrollgesetz JETZT!

Deutschland liefert weiterhin Rüstungsgüter an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten. Wir fordern ein Kontrollgesetz, damit Rüstungsexporte streng kontrolliert und nur in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden.

Machen Sie mit!

- Bestellen und verbreiten Sie das kostenlose Aktionsmaterial – zum Beispiel die Info-Karte zum Rüstungsexportkontrollgesetz.
- Fordern Sie Ihre Abgeordneten mit unserer Aktions-E-Mail auf, sich für ein Rüstungsexportkontrollgesetz einzusetzen. Mehr dazu unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Die Aktionsmaterialien der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



»Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«
Ein Bündnis von über hundert Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, fordert die Schaffung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes. Entsprechend Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes soll damit **das grundsätzliche Verbot von Rüstungsexporten** wirksam umgesetzt werden.

Ansprüche an ein Rüstungsexportkontrollgesetz

- Exportverbot von kleinen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition.
- Keine Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete oder an menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten.
- Verbot der Lizenzvergabe sowie der Weitergabe von Waren und Informationen, die Nachbau und Weiterentwicklung deutscher Waffen und Rüstungsgüter ermöglichen.
- Exportgenehmigungen müssen begründet werden und können jederzeit widerrufen werden.
- Keine Vergabe staatlicher Exportkreditgarantien für Rüstungsgeschäfte (Hermesbürgschaften).
- Verbandsklagerecht, um Rüstungsexportgenehmigungen richterlich überprüfen lassen zu können.
- Rüstungskonversionsfonds zur Förderung der Umstellung von militärischer auf nachhaltige zivile Produktion.
- Das Rüstungsexportkontrollgesetz ist das einzige Ausführungsgesetz zu Art 26.2 GG.

Weitere Informationen auf www.aufschrei-waffenhandel.de
E-Mail an Bundestagsabgeordnete auf www.lobbying4peace.de/

V. L. S. & P.: Christina Hoffmann • Art. per Street • Frankfurt/L. • 12055 Berlin • Realisation: meinhardt
www.meinhardt.de • 80709 • Foto auf Werbemaßnahmen © gottfried schmitt (AG) 2019/2020

»Meine bisher umfangreichste Strafanzeige«

Interview mit Rechtsanwalt Holger Rothbauer

Bereits vor sechs Jahren hat der Tübinger Anwalt Holger Rothbauer Anzeige wegen illegaler Sig Sauer-Pistolenexporte nach Kolumbien gestellt. Im anschließenden Prozess wurden 2019 mehrere Führungskräfte von Sig Sauer aus Deutschland und den USA verurteilt. Nun sieht sich der Kleinwaffenhersteller abermals mit einer umfassenden Strafanzeige konfrontiert (wir berichteten), die Holger Rothbauer für die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« gestellt hat. Wir sprachen mit ihm über diese Strafanzeige und aktuelle Entwicklungen.

Lieber Holger, im April 2020 hast du erneut Strafanzeige gegen Verantwortliche bei Sig Sauer erstattet – diesmal wegen Kleinwaffenlieferungen nach Mexiko, Nicaragua sowie erneut Kolumbien. Der Verdacht besteht, dass Waffen und Waffenteile aus deutscher Produktion oder in Deutschland entwickelte Waffen illegal über den Umweg USA in lateinamerikanische Krisenregionen gelangten. Wie kam es zur Anzeige und was kannst du uns über den aktuellen Stand berichten?

Bei den Dreharbeiten für die Dokumentation *Tödliche Exporte 2* von Daniel Harrich konnten viele Aufnahmen von aktuell im Einsatz befindlichen Sig Sauer-Waffen in Mexiko, Kolumbien und Nicaragua gefertigt werden. Über Kontakte zur mexikanischen, kolumbianischen und US-amerikanischen Zivil-

gesellschaft erhielt ich zudem Informationen über unglaublich umfassende Kleinwaffenlieferungen von Sig Sauer aus den USA insbesondere nach Mexiko. Aus den Unterlagen, Bildern, Videos sowie Zeugenaussagen habe ich dann am 30. April 2020 meine bisher umfangreichste Strafanzeige im Namen der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« bei der Staatsanwaltschaft in Kiel eingereicht. Nach etwa einem Monat der Prüfung hat die Staatsanwaltschaft Anfang Juni 2020 den notwendigen Anfangsverdacht wegen Verstößen gegen das Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz und damit die Aufnahme von Ermittlungen schriftlich bestätigt. Ich gehe davon aus, dass dieses Ermittlungsverfahren sehr komplex sein wird und daher sehr lange dauern dürfte.

Foto: dpa

Was sind deine Erwartungen an das Verfahren?

Zum einen hoffe ich, dass auch dieses Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Kiel – wie schon unsere erste Strafanzeige aus dem Jahr 2014 – zu einer Anklage und einem Urteil gegen die Verantwortlichen von Sig Sauer führt. Dieses dürfte dann allein schon aus Wiederholungsgründen nicht zu einer Bewährungsstrafe führen. Zum anderen rückt mit dem Ermittlungsverfahren die Genehmigung von Lizenzvergaben in sogenannte befreundete



Rechtsanwalt
Holger Rothbauer
bei einer Podiumsdiskussion im April
2019
Foto: Simon
Bödecker

NATO-Staaten wie die USA und der Kleinwaffenexport von dort in alle Welt genauso in den Mittelpunkt wie die Frage, ob deutsche Rüstungsfirmen allein durch die Gründung von ausländischen Tochterunternehmen die deutschen Exportregelungen umgehen können und dürfen.

Im Sommer kündigte Sig Sauer an, seinen Produktionsstandort in Deutschland zu schließen; die Produktion wird zukünftig wohl in erster Linie in den USA stattfinden. Die US-Firma Sig Sauer Inc. befindet sich jedoch weiterhin im hundertprozentigen Besitz der deutschen L&O Sig Sauer Holding. Was steckt deiner Meinung nach hinter dieser Verlagerung?

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die großen deutschen Kleinwaffenhersteller ihre Tochterfirmen in den USA kapazitätsmäßig massiv hochfahren, um dann von den USA aus ohne größere Probleme in sehr viel mehr Länder exportieren zu können als von Deutschland aus. Diese Lücke muss der deutsche Gesetzgeber unbedingt in einem neu zu verabschiedenden Rüstungsexportkontrollgesetz regeln und gegebenenfalls auch sanktionieren.

Seit 2019 besagen die Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport, dass »der Export von Kleinwaffen in Drittländer ... grundsätzlich nicht mehr genehmigt

werden« soll. Das ist zwar kein Kleinwaffenexportverbot, aber dennoch ein Erfolg unseres jahrzehntelangen Engagements. Kann Sig Sauer diesen Grundsatz zukünftig umgehen?

Das ist ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft, explizit der »Aktion Aufschrei« und der GKKE. Allerdings greifen die *Politischen Grundsätze* rechtlich nur dann richtig, wenn sie in Gesetzesform gegossen werden und damit justiziabel werden. Auch hier sind wir wieder bei dem von uns geforderten Rüstungsexportkontrollgesetz. Die beschriebene Auslagerung der Kapazitäten zum Beispiel in die USA ist die Antwort der deutschen Kleinwaffenhersteller auf die geänderten politischen Rahmenbedingungen. Aus meiner Sicht sollten sich diese Firmen entscheiden müssen: Wenn sie als »deutsche Firmen« auch auf dem deutschen Markt aktiv sein wollen, müssen sie sich auch im Ausland an die deutschen Exportgrundsätze und Kontrollgesetze halten. Oder sie dürfen von der öffentlichen Hand in Deutschland nicht mehr als Vertragspartner akzeptiert werden.

Vielen Dank für diese spannenden Einschätzungen!

Die Fragen stellte **Charlotte Kehne**

Alle Neuigkeiten rund um Kleinwaffenexporte nach Lateinamerika erfahren Sie immer aktuell unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mexiko.

Unbeirrbar und entschlossen

30 Jahre Konzernkritik von Ohne Rüstung Leben

Am 5. September 2020 verlieh der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre unserem ehemaligen Geschäftsführer Paul Russmann und Ohne Rüstung Leben den »Henry-Mathews-Preis«. Damit würdigte er unser nunmehr drei Jahrzehnte andauerndes Engagement bei den Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen. Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung in einem besonderen Jahr – denn auf Grund der Corona-Beschränkungen war 2020 bei Rheinmetall, Daimler und Heckler & Koch kein direkter Dialog mit den Vorständen und Aufsichtsräten möglich.

Rheinmetall: Lieferungen in Krisengebiete

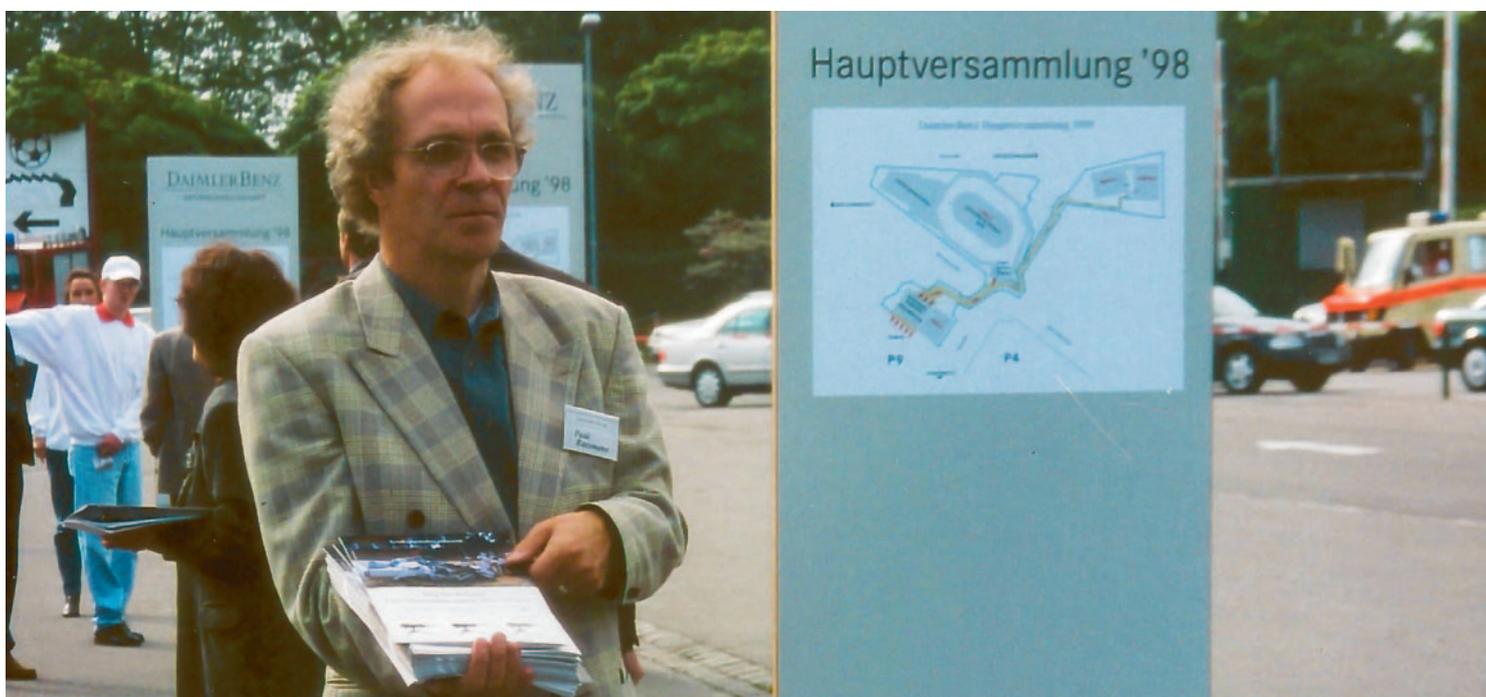
Es ist uns gemeinsam mit den anderen Kritischen Aktionärinnen und Aktionären dennoch gelungen, ihre Geschäftspraxis kritisch zum Thema zu machen. So protestierte die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« anlässlich der virtuellen Rheinmetall-Hauptversammlung am 19. Mai 2020 öffentlichkeitswirksam (und mit Abstand) vor dem Hauptsitz des Rüstungskonzerns in Düsseldorf. Die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre hatten vorab einen umfangreichen Fragenkatalog eingereicht und verfolgten die Antworten während der Hauptversammlung online. Ein Fokus lag dabei auf der südafrikanischen Tochterfirma Rheinmetall Denel Munitions und deren Munitionsexporten an die Türkei, die an den Kriegen im Norden Syriens und in

Libyen beteiligt ist. Eine Verantwortung, Geschäfte mit kriegführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten auszuschließen, sieht der Rheinmetall-Konzern augenscheinlich weiterhin nicht.

Daimler: Mangelnde Information über Empfängerländer

Die Daimler AG stand lange Zeit im Mittelpunkt der Arbeit von Ohne Rüstung Leben und Paul Russmann als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre. Über die Jahre hat sich der Konzern schrittweise vom größten Teil seines Rüstungsgeschäftes getrennt; allerdings werden weiterhin Militärfahrzeuge mit dem Mercedes-Stern produziert und exportiert. Unter den 26 Empfängerländern dieser Fahrzeuge waren 2018 auch kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, beispielsweise Saudi-Arabien, Pakistan, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei. In einem Bündnis aus Umweltschutz-, Menschenrechts- und Friedensorganisationen protestierten wir daher am 8. Juli 2020 vor der virtuellen Hauptversammlung in Stuttgart. Dass der Daimler-Vorstand in diesem Jahr keine Auskunft zu den Empfängerländern von Militärfahrzeugen gab, sorgte für Empörung. Bekannt wurde immerhin so viel: 86 Prozent der exportierten Daimler-Militärfahrzeuge gingen 2019 in Drittstaaten. Wir werden weiterhin nicht lockerlassen und nachfragen – wohin genau?

Paul Russmann
auf dem Weg zur
Daimler-Hauptver-
sammlung 1998
Foto: Archiv



Heckler & Koch: Grüne Länder und Ausnahmen

Die virtuelle Heckler & Koch-Hauptversammlung am 27. August 2020 war die erste unter einem neuen Mehrheitseigentümer. Die luxemburgische Holding CDE, hinter der der Franzose Nicolas Walewski steht, übernahm im Juli die Mehrheit an dem Kleinwaffenhersteller und löste damit Andreas Heesch ab. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zuvor lange gezögert, der Übernahme zuzustimmen – wohl auch, weil die Strukturen hinter der CDE sehr undurchsichtig sind. Die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre werden nun genau beobachten, ob mit den Veränderungen in der Besitz- und Leitungsebene auch ein Strategiewechsel in puncto Rüstungsexport einhergeht.

quenz. Zudem wurden 2018 acht weitere Länder für »Grün« erklärt, darunter auch Staaten wie Oman, Malaysia oder Indonesien, die weder der EU noch der NATO angehören und erhebliche Menschenrechtsdefizite aufweisen. Solange die Grüne-Länder-Strategie mit Ausnahmen und inkonsequenten Entscheidungen unterwandert wird, bleibt sie nur ein unzureichender erster Schritt. Denn jede exportierte Kleinwaffe, die zu Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen beitragen könnte, ist eine zu viel.

Unbeirrbarer »Stachel im Fleisch«

In seiner Laudatio zur Verleihung des »Henry-Mathews-Preises« lobte Markus Dufner, der Geschäftsführer des Dachverbandes Kritischer



Vor der Hauptversammlung 2020 von Rheinmetall sowie im Dezember 2019 bei Heckler & Koch
Fotos: Simon Bödecker (links), Michael Schulze von Glaßer

Medienberichten zufolge bezeichnete Walewski die Grüne-Länder-Strategie (Heckler & Koch will nach dieser grundsätzlich nur in Staaten liefern, die der Europäischen Union und/oder der NATO angehören oder NATO-gleichgestellt sind) als »ethisch und wirtschaftlich richtig«. Wenn er dies ernst meint, sollte er zukünftig auch Sorge dafür tragen, dass die Strategie nicht weiter ausgehöhlt, sondern im Gegenteil ausgeweitet wird. Denn sie leidet an zu vielen Ausnahmen, intransparenten Kriterien und orientiert sich weiterhin nicht eindeutig genug an der Achtung von Menschenrechten.

Das zeigen die Antworten auf insgesamt 123 Fragen der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Während der Vorstand einen selbst auferlegten Exportstopp für Brasilien – völlig zu Recht! – mit harten Polizeieinsätzen gegen die Bevölkerung begründete, folgte auf Polizeigewalt in den USA keine Konse-



Aktionärinnen und Aktionäre, die Unbeirrbarkeit und Entschlossenheit unserer Arbeit. Das Bild vom »Stachel im Fleisch der Konzerne« habe er stets als Understatement empfunden, sagte Dufner an Paul Russmann gewandt: »Ein Stachel piekst ein bisschen, aber ich finde, du und Ohne Rüstung Leben, ihr dürft mehr für euch in Anspruch nehmen.«

Kritische Nachfragen und Forderungen an die Vorstände, fundierte Information der Öffentlichkeit – all das werden wir von Ohne Rüstung Leben auch im 31. Jahr als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre unvermindert fortsetzen.

Charlotte Kehne

www.kritischeaktionare.de

Stell dir vor ...

Neues Jugendbuch mit Geschichten für den Frieden

... es ist Krieg und keiner geht hin. Unter diesem traditionsreichen Titel steht das kleine Buch, in dem fünfzehn kurze Geschichten der kanadischen Kinder- und Jugendbuchautorin Heather Camlot gesammelt sind. Sie erzählen von wahren Ereignissen und Menschen, die mit viel Mut und Fantasie gegen Gewalt und Machtmissbrauch aufgestanden sind.

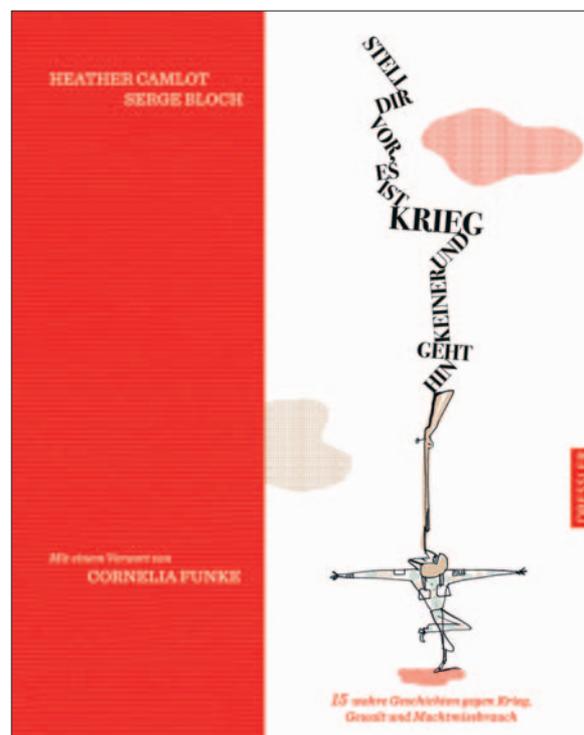
Wie der US-Soldat, der sich im Zweiten Weltkrieg weigerte, eine Waffe in die Hand zu nehmen und dennoch mit der »Congressional Medal of Honor« geehrt wurde. Der Fußballprofi von der Elfenbeinküste, dem es gelang, dass einstige Feinde gemeinsam im Stadion jubeln. Oder die Gruppe Jugendlicher in Kolumbien, die erfolgreich ihr Recht auf ein Leben in Frieden einforderte. Diese Beispiele machen Mut.

Sie inspirieren und zeigen, auf welcher unterschiedlichen Art und Weise die Welt friedlicher gemacht werden kann.

Die plakativen Kapitelüberschriften und die Illustrationen von Serge Bloch sind sicherlich Geschmackssache. Doch wer sich davon nicht abhalten lässt, erfährt beim Lesen oder Hören jeder der wunderbaren Kurzgeschichten eine kleine Horizont-erweiterung.

Für aufgeweckte junge Menschen ab 10 Jahren hält das Buch Visionen und Vorbilder bereit, die helfen, nicht den Mut zu verlieren. Und auch für die Eltern oder Großeltern dürfte die ein oder andere Geschichte noch neu und berührend sein.

Simon Bödecker



Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin, 40 illustrierte Seiten, erschienen im August 2020 im Dressler Verlag



40 Jahre Ökumenische Friedensdekade

»Umkehr zum Frieden«

Im Jubiläumsjahr der Ökumenischen Friedensdekade wird es vom 8. bis 18. November 2020 wieder bundesweit Gottesdienste, Veranstaltungen und Materialien rund um das Motto »Umkehr zum Frieden« geben.

Kirchengemeinden und Initiativen befassen sich dann mit der Frage, wie eine Umkehr in Politik und Gesellschaft zu mehr Frieden beitragen kann.

Das diesjährige Motto versteht Christine Busch, die Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), auch als Aufruf zu einer vorwärtsgerichteten Bestandsaufnahme. Denn: »Es gibt keinen Frieden ohne innezuhalten, kritisch zu prüfen und neu zu bestimmen, was die Stunde geschlagen hat.«

www.friedensdekade.de/termine

Würdig in das weltweite Gedenken eingereiht

75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki



Von Laternen im Hafen von Offenbach (Main) über ein Banner in Butteldorf in der Wesermarsch, eine Mahnwache vor der Tübinger Stiftskirche ...

Vormittag in der großen Hafenstadt. Menschen eilen durch die Gassen, in den Werften wird gearbeitet. Dann, aus heiterem Himmel, eine riesige Explosion. Eine Druckwelle, die alles mit sich reißt. Und als der Staub sich legt, ist die halbe Stadt verschwunden. Nur noch verkohlte Trümmer und Schattenrisse auf dem Boden, dort wo Menschen waren. Es ist der 9. August 1945.

Zahlen und Fakten können den unfassbaren Horror einer Atombombenexplosion nicht annähernd beschreiben. Daher ist es so wichtig, die Erinnerung auch in künftigen Generationen wach zu halten. So wie es die Hibakusha, die Überlebenden von Nagasaki und Hiroshima tun. Sie machen uns bewusst, worum es in der oft abstrakten Diskussion um Abschreckung und Kontrollverträge eigentlich geht: Atombomben haben eine solch unfassbare Zerstörungskraft, dass auch nur ein einziger technischer Fehler, ein Unfall oder eine Fehleinschätzung unsägliche, katastrophale Folgen hätte.

Über 180 Gedenkveranstaltungen

Rund um den 6. und 9. August 2020 haben tausende Menschen in ganz Deutschland der Opfer von Hiroshima und Nagasaki gedacht und einen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag gefordert. Mehrere deutsche ICAN-Partner – darunter Ohne Rüstung Leben – hatten dazu aufgerufen und Aktionsangebote gemacht. Unser Aufruf stieß auf

riesige Resonanz! Gruppen und Einzelpersonen organisierten über 180 Gedenkveranstaltungen: Von kleinen Banneraktionen über Mahnwachen mit Kerzen, Papier-Kranichen oder Lichtinstallationen bis hin zu großen Friedensgebeten und Veranstaltungen mit Politikerinnen und Politikern. Die deutsche Zivilgesellschaft reihte sich damit – trotz der Corona-Schutzmaßnahmen – würdig in das weltweite Gedenken ein. Bei der zentralen Gedenkveranstaltung in Nagasaki warnte Bürgermeister Tomihisa Tawue vor der fortschreitenden Entwicklung neuer Nuklearwaffen: »Damit wird die Bedrohung, dass diese Waffen tatsächlich eingesetzt werden könnten, immer realer«.

Zurück in den Kalten Krieg?

Denn der New-START-Vertrag, mit dem sich Russland und die USA auf eine Reduzierung der strategischen Kernwaffen und Trägersysteme geeinigt haben, läuft am 5. Februar 2021 aus. Sollte es nicht in den kommenden Wochen noch zu einer Verlängerung kommen, ist damit bald das letzte Rüstungskontrollabkommen zwischen den beiden großen Atommächten Geschichte. Sowohl in der NATO als auch in Russland wird schon jetzt über nukleare Eskalations-Szenarien nachgedacht; US-Präsident Trump prahlt mit einem neuen Atomwaffensystem »das noch niemand zuvor hatte«. Große Schritte zurück in den Kalten Krieg? Sollte der nächste US-Präsident ein Demokrat sein, könnte diese Ent-



... und Lichtprojektionen an der Gedächtniskirche in Berlin bis zur Schweigeaktion in Weilheim in Oberbayern – im ganzen Land wurde den Atombombenopfern gedacht

wicklung zumindest gebremst werden. Joe Biden schließt einen atomaren Erstschlag kategorisch aus und sagte im Juni 2019: »Wir brauchen nicht mehr Atomwaffen. Punkt!«. Klar ist aber: Die USA würden auch unter Biden weiter auf nukleare Abschreckung setzen, ihre Raketenabwehrsysteme ausbauen und keinesfalls eine vollständige Abrüstung anstreben.

92 Prozent für das Atomwaffenverbot

Den atomwaffenfreien Ländern genügt das nicht. Ihnen ist bewusst, dass zwei Bedrohungen das Leben auf der Erde nachhaltig zerstören können: Die unabsehbaren Folgen des Klimawandels und ein Atomkrieg. Ende September 2020 hatten daher bereits 45 Staaten das UN-Atomwaffenverbot ratifiziert. Nach der 50. Ratifizierung tritt der Vertrag

in Kraft; vermutlich wird dies im kommenden Jahr der Fall sein. Die Bundesregierung boykottiert das Atomwaffenverbot weiterhin – gegen den Willen der Bevölkerung. Denn laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Greenpeace sind ganze 92 Prozent der Befragten dafür, dass Deutschland den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt. 83 Prozent finden, alle US-Atombomben sollten aus Deutschland abgezogen werden. Diese eindeutigen Zahlen bestärken uns erneut darin, mit unserer Arbeit für eine große Mehrheit zu sprechen.

Simon Bödecker

Wir berichten regelmäßig zum Thema unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Fotos: Manfred Rößmann (Hintergrund), Sigurd Röhrig, Annette Herrgott, Ralf Schlesener / ICAN Deutschland und Stefan Hoiß (v.l.n.r.)

Aktionen und Appelle zeigen Wirkung

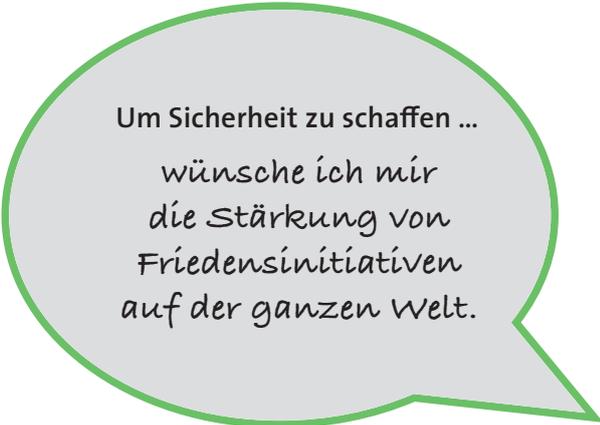
Mit mehr als 40.000 Aktionspostkarten und 5.500 Online-Unterschriften zu »10 Jahre Bundestagsbeschluss« haben Ohne Rüstung Leben und seine Partnerorganisationen die Debatte über die Nukleare Teilhabe mit angestoßen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die eingegangenen

Karten an den Petitionsausschuss des Bundestages weitergegeben, der sich jetzt mit unseren Forderungen befasst. Unterdessen hat mit Dresden die 100. deutsche Stadt den ICAN-Städteappell unterzeichnet – damit sind alle Landeshauptstädte für das UN-Atomwaffenverbot!

»Es verbindet uns mehr als uns trennt«

Vielfältige Rückmeldungen zur Aktion »Wie schaffen wir Sicherheit?«

Eine Politik, die nicht länger versucht, Sicherheit mit Abschreckung und militärischer Gewalt zu erreichen, sondern eine lebenswerte Zukunft und das Wohlergehen aller Menschen als Voraussetzung ganzheitlicher Sicherheit versteht. Das ist das Ziel von Ohne Rüstung Leben und der Initiative »Sicherheit neu denken«. Um diesem Ziel näher zu kommen, möchten wir eine Debatte über das Sicherheitsverständnis in unserer Gesellschaft anstoßen. Welche Wege zu mehr Sicherheit gibt es jenseits militä-



rischer Sicherheitslogik? Mit unserer Aktionspostkarte »Wie schaffen wir Sicherheit?« haben wir Ihnen diese Frage gestellt.

delsbeziehungen und Armutsbekämpfung. Andere verstehen Sicherheit als Synonym für Frieden und sprechen von Gerechtigkeit, Abrüstung und Konfliktprävention. Wieder andere betonen, wie wichtig die Haltung jeder und jedes Einzelnen ist: »Wir müssen begreifen, dass alle Menschen miteinander verbunden sind und voneinander abhängig sind. ... Es verbindet uns mehr als uns trennt.«

Über 280 Antworten haben uns schon erreicht und es werden täglich mehr. Darunter sind Briefe, Literaturempfehlungen, Ermutigungen und auch ganz persönliche Botschaften, die ein Bild einer friedlicheren, sicheren Welt zeichnen. Deutlich wird dabei: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Doch eine Sicherheitspolitik, die auf Abschreckung und Gewalt setzt, führt in die Sackgasse und verstärkt Unsicherheiten weiter.

Teil eines gesellschaftlichen Umdenkens

Die vielen bereits eingegangenen Rückmeldungen freuen uns sehr. Jede einzelne Karte und die Ideen, Reflexionen und Inspirationen darauf sind Teil eines gesellschaftlichen Umdenkens – hin zu einem neuen Verständnis von Sicherheit.

Wir werten alle Rückmeldungen aus und planen, die Ideen sowie ausgewählte Antworten in anonymisierter Form im kommenden Frühjahr zu veröffentlichen und

Aber wie kann stattdessen gemeinsame Sicherheit für alle Menschen dieser Welt gefördert werden? Dazu finden sich in den Postkarten, Briefen und E-Mails, die wir bekommen haben, viele Ansatzpunkte und Ideen.

Manche setzen im Großen an und fordern weltweit gerechtere Han-



Denken Sie Sicherheit mit uns neu

Im Rahmen der Initiative »Sicherheit neu denken« möchten wir dazu eine Debatte anstoßen. Wir haben die Vision einer Politik, die erkennt, dass sich Sicherheit nicht mit Abschreckung und Gewalt schaffen lässt. Diese Politik versteht eine lebenswerte Zukunft und das Wohlergehen aller Menschen als Voraussetzung ganzheitlicher Sicherheit.

Wie lässt sich diese Vision verwirklichen? Tellen Sie Ihre Ideen mit uns!
Bitte senden Sie die ausgefüllte Rückmeldepостkarte bis zum 1. Dezember 2020 an uns zurück.

Wir freuen uns auf vielfältige Ideen, Perspektiven und Anregungen. Ausgewählte Antworten werden wir – natürlich anonymisiert – in der Bildungsarbeit von »Sicherheit neu denken« aufgreifen. Aktuelle Informationen dazu und die Anmeldung zum Newsletter der Initiative »Sicherheit neu denken« finden Sie auch auf www.sicherheitneudenken.de.

www.ohne-ruestung-leben.de

www.sicherheitneudenken.de

Um Sicherheit zu schaffen ...
*muss Frieden aktiv
 geführt werden!
 Krieg »führen« sie.
 Aber den Frieden lassen
 sie einfach nur
 (sich tot-)laufen.*

für die Bildungsarbeit der Initiative »Sicherheit neu denken« zu nutzen.

Und auch Sie können weiter dazu beitragen, dass mehr Menschen das althergebrachte Bild von Sicherheit durch Militär und Abschreckung hinterfragen: Nehmen Sie die Karte zum Anlass für

ein Gespräch in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Tauschen Sie sich mit anderen aus: Was ist für Sie Sicherheit? Wann fühlen Sie sich unsicher? Und was würde Sicherheit in einer Welt bedeuten, die auf Militär und Rüstung verzichtet? Wir sind sehr gespannt auf Ihre Anregungen und Gedanken.

Noch bis zum 1. Dezember 2020 können Sie uns Ihre Rückmeldungen zur Aktion »Wie schaffen wir Sicherheit?« zusenden.

Weitere Doppelkarten zum Verteilen und Auslegen erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben und unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Kerstin Deibert

www.sicherheitneudenken.de

Um Sicherheit zu schaffen ...
*braucht es gerechtere
 verhältnisse.*

Um Sicherheit zu schaffen ...
*mache ich aus
 »meinen Feinden«
 FREUNDE!*

Workshop »Sicherheit neu denken«

Möchten Sie tiefer ins Thema einsteigen? Dann lernen Sie die Initiative »Sicherheit neu denken« in unserem zweitägigen Workshop kennen. Die Teilnehmenden setzen sich kritisch mit ihrem eigenen Sicherheitsverständnis auseinander und diskutieren neue Perspektiven auf Sicherheit. Gemeinsam erarbeiten Sie Ideen und Handlungsoptionen, sich für eine Politik einzusetzen, die das Wohlergehen aller Menschen als Voraussetzung ganzheitlicher Sicherheit begreift.

- Der nächste Workshop findet am 27. und 28. November 2020 im Evangelischen Gemeindehaus Rosenfeld (Zollernalbkreis) statt.
- Die Teilnahmebeitrag beträgt 40 Euro (mit Übernachtung im Einzelzimmer) bzw. 15 Euro (ohne Übernachtung).
- Alle Informationen zum Ablauf und zur Anmeldung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden.



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor wenigen Wochen läutete die Friedensglocke in Hiroshima den 75. Jahrestag der furchtbaren Atombombenabwürfe ein, die unsägliches Leid über hunderttausende Menschen brachten. Mit mehr als 180 Veranstaltungen haben sich tausende Menschen in Deutschland in das weltweite Gedenken eingereiht. Nun ist es an der Zeit, dass die Bundesrepublik vorangeht und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Dafür braucht es den Mut des ersten Schritts! Ein Schritt, der die Spirale des Wettrüstens unterbricht und aufzeigt, dass unsere Weltgesellschaft über andere, friedliche Wege der Konfliktbewältigung verfügt. Unserem Land mit seiner Geschichte stünde solch ein erster Schritt – der andere zur Nachahmung einladen würde – gut an.

In dieser Ausgabe der Ohne Rüstung Leben-Informationen finden sie nicht nur einen ausführlichen Artikel zu 75 Jahren Hiroshima und Nagasaki. Wir erläutern auch die Forderung der

»Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« nach einem wirksamen Rüstungsexportkontrollgesetz, sprechen mit unserem langjährigen Wegbegleiter und Anwalt Holger Rothbauer über die neue Strafanzeige gegen Sig Sauer und freuen uns, dass schon mehr als 280 Rückmeldungen zur Aktion »Wie schaffen wir Sicherheit?« eingegangen sind.



Foto: Joachim E. Röttgers

Lassen Sie uns weiter gemeinsam unerschrockene und mutige Schritte für eine friedvolle Welt ohne Rüstung gehen!

Ihr Wolfgang Herrmann

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Impressum
Herausgeber
 Ohne Rüstung Leben
 Arndtstraße 31
 70197 Stuttgart
 Telefon 0711 608396
 E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher
Redakteur
 Simon Bödecker

Auflage:
 15.000

Informationen zum
Datenschutz:
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz
 oder bei unserer
 Geschäftsstelle



Inhalt

- 1 | Titel**
Eine Frage der Glaubwürdigkeit
- 2 | Aktion**
Rüstungsexportkontrollgesetz JETZT!
- 3 | Hintergrund**
»Meine bisher umfangreichste Strafanzeige«
Interview mit Rechtsanwalt Holger Rothbauer
- 8 | Aktion**
Würdig in das weltweite Gedenken eingereiht
75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki
- 10 | Aktion**
»Es verbindet uns mehr als uns trennt«
Rückmeldungen zur Aktion
»Wie schaffen wir Sicherheit?«

- 5 | Aktuell**
Über 30 Jahre Konzernkritik von Ohne Rüstung Leben
- 7 | Aktuell**
Neues Jugendbuch mit Geschichten für den Frieden

Spenden
 Ohne Rüstung Leben
 IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
 BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden